



# Niederschrift

über die 13. Sitzung  
des Jugendhilfeausschusses der Stadt Lippstadt  
am 24.04.2002

<b>Sitzungsraum:</b>	E.08, Ostwall 1
<b>Beginn:</b>	18:00 Uhr
<b>Ende:</b>	20:40 Uhr

<b>Vorsitzender:</b>	
1 Hubertus Hecht	CDU-Fraktion

<b>Anwesend waren:</b>		
2	Josef Franz	CDU-Fraktion
3	Karl Rohe	CDU-Fraktion
4	Karl-Heinz Homann	CDU-Fraktion
5	Siegfried Pfenninger	CDU-Fraktion
6	Klaus Helfmeier	SPD-Fraktion
7	Heinz Gerling	SPD-Fraktion
8	Antonius Matthias	SPD-Fraktion
9	Hans Zaremba	SPD-Fraktion
10	Doris Barten	Ordentliches Mitglied
11	Annette Bergschneider	Ordentliches Mitglied
12	Wilhelm Glarmin	Ordentliches Mitglied
13	Beatrix Geisen	Ordentliches Mitglied
14	Andreas Knapp	Ordentliches Mitglied
15	Michael Löher	Stv. ordentliches Mitglied
16	Frank Meiske	Beratendes Mitglied
17	Christian Laws	Beratendes Mitglied
18	Thomas Hartmann	Beratendes Mitglied
19	Dr. Werner Stein	Beratendes Mitglied
20	Hubert Wigge	Beratendes Mitglied
21	Vincenzo Celeste	Beratendes Mitglied
22	Heinz Gesterkamp	Beratendes Mitglied
23	Dr. Gerhard Lonauer	Beratendes Mitglied
24	Horst Teuber	Stv. beratendes Mitglied
25	Walter Leimeier	Stv. beratendes Mitglied

<b>Seitens der Verwaltung:</b>	
Wolfgang Schwade	Bürgermeister
Wolfgang Roßbach	FB Jugend und Soziales
Helga Rolf	Soziale Dienste
Klaus Rennkamp	Allgemeine Jugendhilfe
Ulrich Hillebrand	Wohnungsförderungsamt

**Ferner waren anwesend:**

Gertrud Wagener  
Peter Hoffmann  
Georg Knoop  
Meinolf Fischer

Sozialdienst Kath. Männer e.V.  
Leiter der Kopernikusschule  
Polizeiinspektion Lippstadt  
Projektgruppe Familie

Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde Herr Teuber (Arbeitsamt Soest) als stellvertretendes ordentliches Mitglied durch den Vorsitzenden des Jugendhilfeausschusses, Herrn Hecht, verpflichtet.

Darüber hinaus informierte der Vorsitzende den Ausschuss, dass die Tagesordnung um folgende Punkte erweitert werde:

Verschiedenes

- Top 8 a      Konsequenzen aus der PISA-Studie  
                 hier: Referat zum Inhalt der PISA-Studie, zu den jugendhilferelevanten  
                 Konsequenzen und zum Stand der Diskussion auf Landesebene
- Top 8 b      Aufstellung von Graffiti-Wänden auf dem Freizeitgelände im Wohnpark Süd  
                 hier: Anträge der SPD-Ratsfraktion vom 23.01.2002 und 12.04.2002
- Top 8 c      Situation am Güterbahnhof im Bereich des früheren Frachtzentrums der Bahn  
                 hier: Schreiben der SPD-Ratsfraktion vom 15.04.2002
- Top 8 d      Verleihung des Prädikats „Kinderfreundlichkeit“  
                 hier: Bericht zum Sachstand
- Top 8 e      Grundstücksangelegenheit (in nichtöffentlicher Sitzung)

**In öffentlicher Sitzung**

**1. Fragestunde für Einwohner**

Es wurden keine Fragen gestellt.

**2. Bericht der Seniorenberatungsstelle zur Seniorenarbeit in der Stadt Lippstadt  
hier: Wohnen im Alter/Wohnungsmarktbericht  
Vorlage Nr. 117/2002**

Nach Aufruf des Tagesordnungspunktes gab der Leiter des Wohnungsförderungsamtes der Stadt Lippstadt, Herr Hillebrand, anhand der dieser Niederschrift in Fotokopie beigefügten Folien einen erläuternden Bericht zu der Vorlage.

Herr Hillebrand informierte insbesondere über:

- die Entwicklung der wohnungssuchenden Haushalte mit Wohnberechtigungsschein,
- den Wohnungsbestand nach Raumgrößen,
- die Wohnungsbauförderung in Lippstadt,
- öffentlich geförderte Wohnungen - Bindungsende -,
- die erteilten Baugenehmigungen.

Im Anschluss daran erklärte Herr Hillebrand auf Anfrage des Ausschussvorsitzenden, dass zurzeit keine Leerstandsproblematik im Mietwohnungsbau bestehe. Herr Hecht wies hierzu darauf hin, dass sicherlich nicht alle leerstehenden Wohnungen gemeldet würden und insofern von einer Dunkelziffer ausgegangen werden müsse. Des Weiteren erläuterte Herr Hillebrand die Gründe für die schlechte Investitionstätigkeit im Mietwohnungsbau.

Auf Nachfragen von Frau Geisen, Herrn Gesterkamp und Herrn Glarmin erklärte Herr Roßbach, dass die GWL eine allgemeine Konzeption für das Zusammenleben von jungen und alten Menschen noch nicht entwickelt habe, jedoch in einer größeren Anzahl von Wohnungen derartige Konzepte im Einzelfall umgesetzt würden. Entsprechende Anträge oder Anfragen würden nach Aussage der GWL unverzüglich aufgegriffen. Darüber hinaus könne in derartigen Fällen auch die Seniorenberatungsstelle der Stadt Lippstadt unterstützend tätig werden.

Herr Zaremba erfragte, ob der Verwaltung Erkenntnisse über derartige Projekte in den Niederlanden, speziell in Uden, vorlägen. Im Verlauf der sich daraufhin anschließenden Diskussion, an der sich die Herren Hecht, Gesterkamp, Schwade, Wigge und Frau Rolf beteiligten, wurde übereinstimmend der Wunsch geäußert, dieses Thema in der nächsten Sitzung des Seniorenbeirates erneut zu vertiefen. In der Sitzung des Seniorenbeirates sollte dann auch erörtert werden, ob ein Erfahrungsaustausch mit der Stadt Uden durchgeführt werden sollte.

Herr Glarmin betonte, dass künftig noch stärker in dieser Richtung gearbeitet werden müsse, um den Anforderungen in der Zukunft gerecht zu werden.

Ansonsten nahm der Ausschuss die Vorlage zur Kenntnis.

### **3. Seniorenarbeit in Lippstadt**

**hier: Schreiben der SPD-Fraktion im Rat der Stadt Lippstadt vom 04.01.02  
Vorlage Nr. 98/2002**

Verwaltungsseitig wurde einleitend darauf hingewiesen, dass der Seniorenbeirat diese Vorlage bereits in der Sitzung am 13.03.2002 zur Kenntnis genommen habe.

Herr Zaremba wies in diesem Zusammenhang auf ein von der SPD-Ratsfraktion an die Verwaltung gerichtetes Schreiben hin, worin weitere Maßnahmen beantragt wurden, um die Stadt Lippstadt zu einer seniorengerechten Kommune zu entwickeln.

Zur Anfrage von Herrn Zaremba nach der Verlegung der Dienststelle für Sozialversicherungen (Rentenstelle) teilte Herr Roßbach mit, dass hierzu in der ersten Sitzung des Jugendhilfeausschusses im Jahre 2003 weitere Aussagen getroffen werden können.

Zu der von Herrn Matthias angesprochenen Nutzung des behindertengerechten Sprech-/Beratungszimmers im Erdgeschoss des Stadthauses führte Herr Schwade aus, dass dieses sehr gut angenommen werde.

Herr Gesterkamp teilte mit, dass die von der Familienbildungsstätte und dem Patienteninformationszentrum ausgebildeten ehrenamtlichen Altenbetreuerinnen eine(n) Ansprechpartner/in zur Koordination ihrer Angebote wünschten. Hierzu antwortete Herr Roßbach, dass sich die Seniorenbeauftragte der Stadt Lippstadt, Frau Polder, unmittelbar mit den vg. Einrichtungen in Verbindung setzen und Überlegungen zu einer möglichen Koordination anstellen werde.

Im Übrigen nahm der Ausschuss die Vorlage zur Kenntnis.

4. **Einrichtung einer Hortgruppe für die ganztägige Betreuung von Kindern in der städtischen Immobilie Lipperoder Straße 47 (20 Kinder)  
hier: Schreiben der Gem. Gesellschaft für Sozialarbeit e. V. vom 11.02.2002  
Vorlage Nr. 114/2002**

Nach Bekanntgabe des Tagesordnungspunktes wies der Ausschussvorsitzende darauf hin, dass diese Angelegenheit wiederholt im Jugendhilfeausschuss und in der Arbeitsgemeinschaft gemäß § 78 KJHG „Tageseinrichtungen für Kinder“ erörtert worden sei.

Verwaltungsseitig wurde die Möglichkeit, in Lippstadt eine weitere Hortgruppe einzurichten zu können, als positiver Umstand dargestellt, da hierdurch eine quantitative und qualitative Verbesserung in diesem Betreuungsbereich geschaffen werden könne.

Auf Nachfrage von Herrn Laws bestätigte Herr Roßbach, dass in dieser Hortgruppe auch Kinder bis zum Alter von 14 Jahren betreut werden können.

Im Anschluss daran beschloss der Ausschuss, dem Rat zu empfehlen:

- „1. Zum 01.08.2002 wird in der städtischen Immobilie Lipperoder Straße 47 im Sinne des Gesetzes über Tageseinrichtungen für Kinder eine Hortgruppe zur Betreuung von mindestens 20 Kindern im Alter von 6 bis 14 Jahren eingerichtet (Betreuungszeit ab täglich 6.30 Uhr bis 16.30 Uhr). Träger dieser Hortgruppe ist die Gem. Gesellschaft für Sozialarbeit e. V. Lippstadt. Voraussetzung für die Inbetriebnahme ist die Erteilung der Betriebserlaubnis durch das Landesjugendamt.
2. Die Stadt Lippstadt vermietet die notwendigen Räumlichkeiten im Gebäude Lipperoder Straße 47 zu einer ortsüblichen Miete zuzüglich Nebenkosten an den Träger der Einrichtung.
3. Der Beschluss des Haupt- und Finanzausschusses vom 29.05.2000, der zunächst eine Nutzungsbefristung für die Betreuung von Kindern bis zum 31.12.2004 sowie eine kostenlose Nutzung beinhaltete, wird aufgehoben.“

(Einstimmig zugestimmt)

**5. Förderung von Schülertreffs in Tageseinrichtungen, Schulen u. a. zur Betreuung von Grundschulkindern nach der Schule (SiT-Programm)  
hier: Anpassung des Ratsbeschlusses vom 19.02.2001 an die derzeitige Bedarfssituation  
Vorlage Nr. 115/2002**

Nach Aufruf des Tagesordnungspunktes teilte der Ausschussvorsitzende mit, dass es im Rahmen dieses Beschlussvorschlages darum gehe, die Betreuungsangebote von Grundschulkindern nach der Schule (SiT-Programm) qualitativ sicherer zu gestalten.

Unter Hinweis auf die Vorlage führte Herr Roßbach ergänzend aus, dass die wesentlichen Änderungen zu der bisherigen Regelung in folgenden Punkten lägen:

- Berücksichtigung der Aufwendungen für eine Springkraft,
- Verringerung des Verwaltungsaufwandes durch den geänderten Nachweis der Verwendung,
- Beschlussfassung zu Änderungen/Ergänzungen der Regelungen durch den Jugendhilfeausschuss im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel.

Des Weiteren bedankte sich Herr Roßbach ausdrücklich bei den Maßnahmeträgern und den Schulen, die an diesem Betreuungsangebot beteiligt sind, für ihren Einsatz.

Herr Zaremba erkundigte sich nach dem Sachstand zu dem geplanten Kooperationsmodell zur Schülerbetreuung zwischen der Martinschule Cappel und dem Berufskolleg Stift Cappel. Herr Roßbach wies zunächst auf die Problematik der unterschiedlichen Zuständigkeiten auf Landesebene hinsichtlich der Vormittagsbetreuung und Nachmittagsbetreuung von Schulkindern hin. Im Übrigen sei der Antrag der Martinschule zwischenzeitlich an den Landschaftsverband Westfalen-Lippe - Landesjugendamt - und an den Schulrat des Kreises Soest weitergeleitet worden. Grundsätzlich stellte Herr Roßbach hierzu fest, dass das geplante Kooperationsmodell ein positives Beispiel für die Zusammenarbeit zwischen einem Träger und einer Schule darstelle.

Zur Frage von Herrn Gesterkamp zur Qualifizierung der Erzieherinnen in diesem Betreuungsbereich teilte Herr Roßbach mit, dass die Gruppen im SiT-Programm mit pädagogischen Fachkräften besetzt sein müssten.

Danach beschloss der Jugendhilfeausschuss, dem Rat zu empfehlen:

"Der Ratsbeschluss vom 19.02.2001, der seit dem 01.08.2000 die städtische Förderung von Schülertreffs in Tageseinrichtungen, Schulen (SiT) zur Betreuung von Grundschulkindern nach der Schule regelt, wird ab dem 01.08.2002 wegen der aktuellen Entwicklung und der gesammelten Erfahrungen seit Beginn der Maßnahme angepasst bzw. teilweise neu gefasst.

Der in der beigefügten Anlage formulierten Neuregelung ab 01.08.2002 wird zugestimmt."

(Einstimmig zugestimmt)

**6. Jugendfreizeiteinrichtung mit integriertem Bewohnerzentrum (Treff am Park - TaP) des Sozialdienstes Kath. Männer e. V. Lippstadt hier: Betriebskostenzuschuss zu den Personal- und Sachkosten im Jahr 2003 Vorlage Nr. 129/2002**

Nach Bekanntgabe der Vorlage regte Herr Zaremba an, die Vereinbarung zwischen der Stadt Lippstadt und dem Sozialdienst Kath. Männer e. V. Lippstadt über den Betrieb der Jugendfreizeiteinrichtung mit integriertem Bewohnerzentrum (Begegnungsstätte) im Wohnpark Lippstadt-Südwest (Treff am Park - TaP) unter Ziffer 6 um einen besonderen Hinweis auf den Initiativkreis Lippstadt - Südwest zu ergänzen.

An den vg. Antrag schloss sich eine intensive und kontrovers geführte Diskussion an, an der sich Frau Bergschneider und die Herren Franz, Gesterkamp, Glarmin, Hecht, Helfmeier, Roßbach und Schwade beteiligten.

Nachdem die Geschäftsführerin des Sozialdienstes Kath. Männer Lippstadt e. V., Frau Wagener, erklärt hatte, dass seitens ihres Verbandes keine Bedenken gegen die beantragte Ergänzung in der Vereinbarung bestünden, beschloss der Ausschuss auf Vorschlag von Herrn Schwade, dem Rat zu empfehlen:

"Dem als Anlage 1 beigefügten Entwurf der Vereinbarung über den Betrieb der Jugendfreizeiteinrichtung mit integriertem Bewohnerzentrum (Treff am Park - TaP) Lippstadt, Nußbaumallee 34 zwischen der Stadt Lippstadt und dem Sozialdienst Kath. Männer e. V. Lippstadt ab 01.01.2003 wird mit folgender Ergänzung in Ziff. 6 Abs. 1 Satz 1:

,Vereinen und Gruppen, deren Mitglieder mehrheitlich im Stadtteil leben, z. B. Initiativkreis Lippstadt - Südwest, werden nach Absprache die angemieteten Räume für Aktivitäten und Treffen zur Verfügung gestellt.'

zugestimmt."

(Einstimmig bei mehreren Enthaltungen zugestimmt)

**7. Schulsozialarbeit an den drei Lippstadt Hauptschulen ab 01. 08. 2002 (Wilhelmsschule, Kopernikusschule, Stadtwaldschule); hier: a) Finanzierung auf der Grundlage der Beschlüsse des Jugendhilfeausschusses und des Schulausschusses vom 22. 01. 2002 (1,5 Stellen) b) Antrag der SPD-Fraktion vom 04.02.2002 auf Stellenerhöhung von 1,5 auf 3,0 Stellen Vorlage Nr. 127/2002**

Nach Bekanntgabe der Vorlage teilte Herr Bürgermeister Schwade mit, dass sich nach Aussage von Frau Stotz, Mitglied des Landtags NRW, vom 24.04.2002 das Land NRW im Jahr 2002 finanziell an den Personal- und Sachkosten für die Schulsozialarbeit beteilige, und zwar in Höhe von rd. 20.000,00 €. Im Übrigen sollte das Projekt, wie in der Vorlage dargestellt, zum 01.08.2002 an den Start gehen.

Im Anschluss daran bedankte sich Herr Hoffmann, Leiter der Kopernikusschule, für die Ernsthaftigkeit und Zügigkeit, mit denen das Thema „Schulsozialarbeit an den drei Lippstädter Hauptschulen“ angegangen worden ist. Besonders hob er hervor, dass die vorliegende Konzeption in gemeinsamer Arbeit entwickelt worden sei.

Herr Zaremba begründete noch einmal den von der SPD-Ratsfraktion gestellten Antrag, die Stellen von 1,5 auf 3 Stellen zu erhöhen.

An der sich hieran anschließenden Diskussion beteiligten sich die Herren Gesterkamp, Hecht, Roßbach und Schwade.

Herr Knapp trug in seiner Eigenschaft als Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft gemäß § 78 KJHG „Jugendarbeit/Jugendsozialarbeit“ vor, dass alle Gespräche in dieser Angelegenheit in enger Absprache mit den betroffenen Hauptschulleitern geführt worden seien. Darüber hinaus wies er darauf hin, dass auch in den Grundschulen Überlegungen zum Aufbau von Präventionsmaßnahmen angestellt werden müssten.

Im Übrigen bestand Einvernehmen, dass die Verwaltung nach Ablauf des Schuljahres 2002/2003 über Erfahrungen und Entwicklungen in der Schulsozialarbeit berichtet. Daraufhin erklärte Herr Zaremba zum Antrag der SPD-Ratsfraktion auf Ausweitung der Stellen, dass hierüber nach Vorlage des ersten Erfahrungsberichtes erneut beraten werden soll.

Im Anschluss daran beschloss der Ausschuss, dem Rat zu empfehlen:

- "1. Für die Durchführung der Schulsozialarbeit an den Lippstädter Hauptschulen (Wilhelmschule, Kopernikusschule, Stadtwaldschule) werden schulische Jugendarbeiter im Umfang von 1,5 Stellen (möglichst Sozialarbeiter/Sozialpädagogen) zum 01. 08. 2002 eingestellt.
2. a) Die notwendigen anteiligen Haushaltsmittel des Jahres 2002 für die Personal- und Sachausgaben in Höhe von rd. 42.000,00 € werden außerplanmäßig zur Verfügung gestellt. Die Deckung des Betrages erfolgt im Rahmen des Haushaltsrestes aus der Haushaltsstelle 1.410.7120.3 -Anteil an den Nettoaufwendungen der Hilfe zum Lebensunterhalt nach dem Bundessozialhilfegesetz- in Höhe von 42.000,00 €. Weiterhin sind evtl. Fördereinnahmen des Landes NRW zur Minderung der städt. Finanzierung zu berücksichtigen.
- b) Ab 01. 01. 2003 sind die Personal- und Sachausgaben im Rahmen des Etats bzw. des Stellenplans zu berücksichtigen. Zur Deckung der Ausgaben von rd. 87.000,00 € jährlich sind verwaltungsseitig folgende Finanzierungspositionen zu berücksichtigen bzw. noch zu klären:
  - Zuschüsse des Landes NRW (Sachkosten- bzw. Personalkostenzuschüsse)
  - Einsparungen bei den Personalausgaben im Rahmen der im Stellenplan vorhandenen Stellen des Fachbereichs Jugend- und Soziales.
3. Die Verwaltung wird gebeten, nach Ablauf des Schuljahres 2002/2003 über Erfahrungen und Entwicklungen in der Schulsozialarbeit zu berichten.“

(Einstimmig zugestimmt)

## 8. Verschiedenes

### a) **Konsequenzen aus der PISA-Studie**

**hier: Referat zum Inhalt der PISA-Studie, zu den jugendhilferelevanten Konsequenzen und zum Stand der Diskussion auf Landesebene**

Nach kurzer Aussprache nahm der Ausschuss die Vorlage und den Verwaltungsvorschlag zustimmend zur Kenntnis.

### b) **Aufstellung von Graffiti-Wänden auf dem Freizeitgelände im Wohnpark Süd**

**hier: Anträge der SPD-Ratsfraktion vom 23.01.2002 und 12.04.2002**

Der Ausschussvorsitzende teilte einleitend mit, dass sich der Sportausschuss der Stadt Lippstadt in seiner Sitzung am 23.04.2002 mit dieser Angelegenheit befasst habe.

Im Anschluss daran berichtete Herr Roßbach über den Verlauf der Beratung im Sportausschuss und informierte, dass der Antrag zur weiteren Beratung und Entscheidung an den Jugendhilfeausschuss weitergeleitet worden sei. An der anschließenden Diskussion beteiligten sich die Ausschussmitglieder Frau Barten, Frau Bergschneider, Herr Franz, Frau Geisen, Herr Glarmin, Herr Hecht, Herr Schwade, Herr Leimeier und Herr Zaremba. Vielfach wurde die Feststellung getroffen, dass die Aufstellung von Graffiti-Wänden zwar sinnvoll sein könnte, jedoch nicht davon auszugehen sei, dass hierdurch der Umfang illegaler Sprühaktionen zurückgehen werde.

Verwaltungsseitig wurde vorgeschlagen, vor Aufstellung der Graffiti-Wände zunächst die Inbetriebnahme des Sport- und Freizeitgeländes im Wohnpark Süd abzuwarten und zu einem späteren Zeitpunkt ein Gespräch mit den Jugendlichen vor Ort über den entsprechenden Bedarf zu führen. Darüber hinaus sollte in Kooperation mit einer Schule die farbliche Gestaltung der Bahnunterführung am Südertor durch Schüler/innen geplant werden.

Der Jugendhilfeausschuss erklärte sich einvernehmlich mit diesem Vorschlag einverstanden.

### c) **Situation am Güterbahnhof im Bereich des früheren Frachtzentrums der Bahn**

**hier: Schreiben der SPD-Ratsfraktion vom 15.04.2002**

Nach Bekanntgabe der Vorlage berichtete Herr Knoop, Polizeiinspektion Lippstadt, über die aktuelle Situation am Güterbahnhof Lippstadt (siehe auch Presseberichte in den Anlagen 6 - 8). Herr Knoop gab einen Überblick über die Örtlichkeit und den Personenkreis, der in diesem Bereich zurzeit anzutreffen ist. Darüber hinaus stellte er die Möglichkeiten der Polizeiarbeit dar.

Im Anschluss daran erfolgte die Vorstellung der neuen mobilen Jugendarbeiterin in der Abteilung Allgemeine Jugendhilfe, Frau Dagmar Ploog. Frau Ploog vermittelte nach ihrer Vorstellung dem Ausschuss ein Bild über die derzeitige Situation am Güterbahnhof aufgrund der von ihr durchgeführten Besuche vor Ort.



Herr Roßbach teilte abschließend mit, dass die Situation auf dem vg. Gelände weiterhin durch die mobile Jugendarbeit begleitet werde.

Im Übrigen nahm der Ausschuss die Vorlage zur Kenntnis.

d) **Verleihung des Prädikats „Kinderfreundlichkeit“**

Nach Bekanntgabe des Tagesordnungspunktes durch den Vorsitzenden berichtete der Sprecher der Projektgruppe „Familie“, Herr Meinolf Fischer, über den Sachstand in der o. g. Angelegenheit. Er teilte mit, dass zwischenzeitlich die Jury drei Preisträger für die Verleihung des Prädikats festgelegt habe, die Bekanntgabe der Preisträger allerdings erst zu einem späteren Zeitpunkt erfolge. Die Prämierung sei für den 19.06.2002 vorgesehen.

Der Jugendhilfeausschuss nahm den Sachstandsbericht zur Kenntnis.

(Hubertus Hecht)  
Vorsitzender

(Klaus Rennkamp)  
Protokollführer